



Editorial

Ist der Aufbau Ost ein Abbau West? Wer glaubte, diese polarisierende Frage gehöre der Vergangenheit an, wurde in den letzten Wochen und Monaten eines Besseren belehrt. Die Reduzierung der Ost-West-Thematik auf die Kosten-Nutzen-Frage eignet sich über 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung offensichtlich immer noch für leidenschaftliche Debatten in allen Teilen des Landes.

Natürlich sind die mit dem Aufbau Ost verbundenen Transferzahlungen eine Belastung für die Alten Bundesländer. Sie haben aber nicht zu einem Abbau der westdeutschen Wirtschaft geführt. Ganz im Gegenteil: Westdeutschland hat vom Aufbau Ost profitiert. Neue Absatzmärkte öffneten sich, und Arbeitsplätze wurden gesichert. Die Verteidiger der Transferzahlungen behaupten gar, der Westen habe die Kosten der Einheit längst wettgemacht, verdiene bereits an der Einheit. Belastbare Berechnungen dafür gibt es jedoch kaum. Man braucht sie auch gar nicht. Denn wenn man beginnt, Erfolge und Misserfolge in Ost und West gegeneinander aufzurechnen, ist man auf dem falschen Weg. Dann verrechnet man als nächstes die Transfers und Fördergelder von Regionen innerhalb der Neuen Länder oder innerhalb Westdeutschlands miteinander, beginnt die Verteilung der Mittel innerhalb von Städten anzuzweifeln – eine solche Haltung würde im Absurden enden.

In Ost und West, in Nord und Süd haben sich in den letzten 20 Jahren regionale Stärken und Schwächen herausgebildet. Im Durchschnitt erreicht die ostdeutsche Wirtschaft – betrachtet man die Produktivität – nur 80% des Niveaus der westdeutschen Wirtschaft. Der Angleichungsprozess ist seit einigen Jahren ins Stocken geraten. Der Grund dafür sind die strukturellen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, vor allem die Unternehmensgrößen und -funktionen sowie die sektoralen Unterschiede, welche wiederum mit einer geringeren Forschungsintensität und Internationalisierung ostdeutscher Unternehmen einhergehen. Diese Strukturen verändern sich nicht über Nacht und auch nicht binnen weniger Jahre, sondern eher über Jahrzehnte. Der Aufbau Ost ist deshalb keineswegs gescheitert; unterschätzt wurden jedoch die Fristen für die Angleichung an das Westniveau.

Die Politik kann den erforderlichen Strukturwandel nicht erzwingen, sie kann und sollte ihn allerdings unterstützend begleiten. Die Förderinstrumente müssen sich heute zwischen den Neuen und den Alten Ländern nicht mehr grundsätzlich unterscheiden, die Intensität der strukturellen Nachteile in Ostdeutschland wird jedoch auch zukünftig dazu führen, dass bei ausgleichspolitischen Maßnahmen, wie beispielsweise der Regionalpolitik, in der Summe mehr Mittel in den Osten fließen.

*Jutta Günther
Leiterin der Abteilung Strukturökonomik*